

Presseerklärung vom 25.3.2017

Bürgerbeteiligung als Bauernopfer – SPD-Fraktion in Altona winkt Scheinkompromiss durch und rühmt sich selbst als Sieger im Machtkampf mit dem Senat um die Planungshoheit: Ein Skandal!

Mit den Stimmen von SPD und Grünen hat der Altonaer Planungsausschuss (PA) am 1. März 2017 für die Annahme eines „Neuentwurfs“ gestimmt, der die Grundlage zur Fortführung des Bebauungsplanverfahrens „Bahrenfeld 68“ darstellen soll.

Das jetzt beschlossene Abrücken der drei Riegel zu den Fassaden im Norden und Süden um maximal 3 Meter und die Umwandlung der vorletzten Etage in ein Staffelgeschoss haben allenfalls kosmetischen Charakter. Sie tragen in keinerlei Hinsicht zum dringend benötigten Ausgleich in diesem von sehr hohen Lärm- und Feinstaubwerten betroffenen Quartier bei, welche bereits jetzt über der gesundheitsgefährdenden Grenze liegen.

Nichtsdestotrotz rühmt sich die SPD-Fraktionsspitze in Altona in ihrer Presseinformation vom 3. März 2017 dafür, mit diesem Entwurf „wesentliche Verbesserungen“ im Vergleich zum Vorgänger verabschiedet zu haben.

Im Kontrast dazu stehen Aussagen des Fachsprechers der SPD im Planungsausschuss Thomas Adrian, der noch am 5. Juni 2016 den Entwurf mit den Worten kommentierte: „Die aktuelle Planung ist so nicht realisierbar [...]. Weniger Bebauung ist notwendig.“ Vorschläge zur Reduzierung der Baumasse – zumindest der Geschosshöhe auf drei plus einer Staffel – wurden durch den Bauvorhabenträger zurückgewiesen. Dieser zeigte sich nicht kompromissbereit und meldete sein Bauvorhaben an die Senatskommission für Wohnungsbau und Stadtentwicklung (Senko) als „Konfliktfall“.

Der gesamte Presstext der SPD in Altona ist als Schönrederei zu bewerten. Keinem einzigen der unzähligen Mängel, welche die Anwohner in den vergangenen drei Jahren fundiert und stets sachlich vorgetragen haben, wurde im „Neuentwurf“ ernsthaft Rechnung getragen.

Empörung rufen aber nicht nur inhaltliche Gesichtspunkte hervor, sondern auch der undemokratische Vorgang, der letztlich zur Ratifizierung geführt hat:

„Es ist ein Unding, dass sich die Altonaer SPD jetzt auch noch als ruhmreicher Sieger im Kampf gegen den Senat um die Planungshoheit des Bezirks ausgibt“, kommentiert die Anwohnerinitiative Bahrio68. „Durch die Annahme des Entwurfs haben sich die Mehrheitsparteien erpressen lassen und die Planungshoheit des PA im vorausseilenden Gehorsam selbst aufgegeben. Damit wurde ein Präzedenzfall geschaffen, der jetzt unter Umständen Schule machen wird, um Bürgerbeteiligung auszuhebeln.“

Der sogenannte „Kompromiss“ wurde auf Drängen von Staatsrat Kock ausgehandelt und mit der klaren Botschaft an den PA zur Abstimmung gegeben,

dass er ihn entweder annehme oder die Senko dem Bezirk das Verfahren aus der Hand nehmen werde.

Die Initiative sieht diese Entwicklung als besorgniserregend an und das nicht nur im Hinblick auf den eigenen Innenhof: Im gesamten Stadtteil fechten derzeit Anwohnerinitiativen Auseinandersetzungen angesichts ähnlich überzogener Bauprojekte aus. Deshalb kündigt Bahrio68 nun eine flächendeckende Vernetzung mit anderen Aktiven an: „Wir wollen anderen ersparen, wie wir zum Bauernopfer im Machtkampf zwischen Bezirk und Senat zu werden.“

Es besteht die Notwendigkeit, eine längst überfällige Debatte anzustoßen, wie Nachverdichtung im städtischen Raum im Sinne *aller* gestaltet werden kann. Nachverdichtung als „Himmelfahrtskommando“ kann nicht länger als einzig gültige Antwort auf die drängende Wohnungsnot gehandelt werden. Auf die Tagesordnung gehören nicht Plansollerefüllungen, wie sie offenbar derzeit für die Altonaer Wohnungsbaupolitik leitend sind, sondern eine breite Diskussion über eine lebenswerte Stadt.

Das Bebauungsplanverfahren bezieht sich auf den vollumschlossenen Innenhof Stresemann-/Ruhr-/Leverkusen-/Schützenstraße. Dort sollen drei wuchtige, 5-geschossige Baukörper mit etwa 100 Wohneinheiten und einer Tiefgarage in das auch mit Bäumen bestandene Gelände gesetzt werden.